

Bolz, Klaus

Article — Digitized Version

Kurzatmige sowjetische Reformschritte

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bolz, Klaus (1991) : Kurzatmige sowjetische Reformschritte, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 71, Iss. 4, pp. 160-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136741>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Gorbatschow befindet sich mit seiner Reformpolitik in einer Sackgasse. Obwohl der in allen Bereichen offenkundige Niedergang der sowjetischen Wirtschaft zum Handeln zwingt, kann er radikale Reformschritte nicht unternehmen, weil diese die konservativen Kräfte, die er derzeit zu seinem eigenen Machterhalt benötigt, gegen ihn aufbringen würden. Und da weite Kreise der Bevölkerung allein ihm die Verantwortung für die wirtschaftliche Misere des Landes zuschieben, findet er auch bei diesen für notwendige Reformen keine Zustimmung. Vielmehr muß er, wie die Streiks insbesondere in den sowjetischen Bergwerken und der angekündigte Generalstreik in Weißrußland zeigen, mit landesweitem Widerspruch und Aufruhr rechnen.

Gorbatschows Handlungsspielraum reicht bestenfalls noch für Einzelaktionen aus, die man zum Teil zwar als kleine Schritte in die richtige Richtung bewerten kann, die dennoch aber nur verzweifelte Versuche darstellen, den Niedergang der sowjetischen Wirtschaft zu bremsen. Denn Maßnahmen wie die Einziehung der 50- und 100-Rubelscheine sowie die KGB-Kontrollen in den Unternehmen und die jüngst durchgeführte sogenannte Preisreform dürften ungeeignet sein, die tiefgreifende Rezession der Sowjetwirtschaft aufzuhalten.

Von allen notwendigen Reformschritten war in den vergangenen Jahren am häufigsten eine Preisreform und die Preisfreigabe gefordert worden, hatte sich doch inzwischen auch in der Sowjetunion die Erkenntnis durchgesetzt, daß eine marktwirtschaftliche Ordnung freie Preise voraussetzt. Anfang April 1991 konnte die erste Preisreform im Einzelhandel seit Beginn der Perestrojka verwirklicht werden. Zwei Fragen drängen sich auf. Macht diese Preisreform ordnungspolitisch einen Sinn? Und was bedeutet sie gesamtwirtschaftlich sowie für die Versorgung der Bevölkerung?



Klaus Bolz

Kurzatmige sowjetische Reformschritte

Ordnungspolitisch bleibt die Preisreform fragwürdig, da sich nur für 30% der Güter die Preise nach Angebot und Nachfrage bilden sollen. Für 55% werden die Preise weiter direkt vom Staat festgelegt. Für 15% der Güter sollen die Preise indirekt reguliert werden; da hierbei bestimmte Höchstgrenzen nicht überschritten werden dürfen, handelt es sich tatsächlich nicht um Ergebnisse des Marktes, sondern um staatliche Preisfixierungen.

Die – unterschiedliche – Anhebung vieler Preise entspricht zwar den wirtschaftlichen Erfordernissen, sie darf aber nicht so interpretiert werden, daß nun Preisrelationen bestehen, wie sie sich unter Marktbedingungen herausgebildet hätten. Auch die neue Preisstruktur wird also bestenfalls verzerrte Signale für eine wirtschaftlich vernünftige Ressourcenallokation geben können. Da die Märkte mit den freigegebenen Preisen überwiegend noch von staatlichen Monopolen beherrscht werden, können die Käufer keine Preisvorteile aus einem Wettbewerb zwischen den Produzenten erwarten.

Eben diese monopolistischen Angebotsstrukturen sind dafür verantwortlich, daß die höheren Preise nicht unbedingt zur Erhöhung des Warenangebots führen werden. Die Unternehmen könnten sogar geneigt sein, ihr Warenangebot einzuschränken. Viele Sowjetbürger sind hierüber sehr enttäuscht, hatte man doch in der Vorbereitungsphase der Preisreform die Bevölkerung glauben machen wollen, daß sich im Zuge der Preissteigerungen sehr bald – wie im Falle Polens – die Regale in den Geschäften mit einem breiten Warensortiment füllen würden.

Verärgert reagieren die Sowjetbürger auch auf das Ausmaß des Preisanstiegs. Sie müssen nun erleben, daß sich trotz Kompensationszahlungen von mindestens 60 Rubel pro Kopf ihre reale Kaufkraft vermindert. Hatten insbesondere die Kolchosmärkte und der Schwarzhandel bisher schon zu einer starken Geldentwertung geführt, so muß der Sowjetbürger nun die Überzeugung gewinnen, daß die Preisreform endgültig die Hyperinflation herbeiführt. Deshalb muß die sowjetische Wirtschaftsführung bei weiteren Reformmaßnahmen damit rechnen, daß in der sowjetischen Bevölkerung die Akzeptanzprobleme wohl noch wachsen werden.

Das einzig positive Ergebnis der Preisreform liegt also darin, daß der Staat künftig weniger Haushaltsmittel für Subventionen aufwenden müssen. Kurzfristig steht den geringeren Ausgaben des Staates für Preissubventionen allerdings die Finanzierung der Kompensationszahlungen an die Sowjetbürger gegenüber. Da diese Kompensationen die Preiserhöhungen nur zu 85% abfangen, werden viele Konsumenten die Differenz aus ihren Ersparnissen finanzieren und so durch Verringerung des Geldüberhangs gezwungenermaßen einen Stabilisierungsbeitrag leisten; andere werden ihren realen Konsum einschränken müssen.